

Niederschrift
über die 8. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und
des Beirats für Inklusion und Menschenrechte
am 23.03.2023 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dornseifer, Falk
Kretschmer, Gabriele
Lünenschloss, Caroline
Mucha, Constanze
Norkowsky, Arnold
Cleve, Torsten
Solf, Michael-Ezzo
Wörmann, Josef

für Dr. Schlieben, Nils Helge

Ausschussvorsitzender

SPD

Bausch, Manfred
Daun, Dorothee
Servos, Gertrud
Spinrath, Norbert
Stergiopoulos, Ioannis
Ullrich, Birgit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina
Schmitt-Promny M.A., Karin
Tuschen, Johannes
Warnecke, Uwe Marold

Beiratsvorsitzende

FDP

Clemens, Miriam
Steffen, Alexander

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Gruppe FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Schmitt-Promny, Karin
Clemens, Miriam
Frambach, Heribert
Reuschel-Schwitalla, Klaus
Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW

Brüning, Bärbel
Franke, Milena
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Tacken, Christoph
Thoms, Eva-Maria

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Lubek, Ulrike LVR-Direktorin
Dr. Lietz, Melanie
Woltmann, Bernd
Wierum, Melanie

LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
LVR-Stabsstellenleitung 00.300
LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste:

Middendorf, Claudia (mit Rederecht)
Lindheimer, Martin
Schmerbach, Cornelia
Trapp, Ullrich

Landesbehindertenbeauftragte
Landesbehindertenrat NRW
SPD-Fraktion
LVR-Gesamtpersonalrat

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschriften
- 2.1. Niederschrift über die 7. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 09.02.2023
- 2.2. Niederschrift über die 11. Sitzung vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.03.2023
3. Gewaltschutz im LVR
- 3.1. Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR“ **15/1044 K**
- 3.2. Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW **15/1417 K**
4. Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)
- 4.1. Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR **15/1489 K**
- 4.2. Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege **15/1416 K**
5. Weitere Kenntnisnahmen
- 5.1. Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen **15/1558 K**
6. Anfragen und Anträge
- 6.1. Anfrage zu Qualifikation auf dem ersten Arbeitsmarkt und in Inklusionsbetrieben **Anfrage 15/58 Die Linke. K**
- 6.2. Beantwortung der Anfrage Nr. 15/58
7. Bericht aus der Verwaltung
8. Verschiedenes

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil: 11:20 Uhr
Ende der Sitzung: 11:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** schlägt aufgrund der nachfolgenden Sitzung des Landschaftsausschusses und der Landschaftsversammlung vor, den Tagesordnungspunkt 8 "Verschiedenes" direkt nach dem Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen, um der Landesbehindertenbeauftragten Frau Middendorf Gelegenheit zum Bericht geben zu können. Im Anschluss daran solle Tagesordnungspunkt 6 "Anfragen und Anträge" aufgerufen werden. Die Sitzung solle spätestens um 11.20 Uhr beendet sein.

Die Vorlagen der Tagesordnungspunkte 4 "Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)" und 5 "Weitere Kenntnisnahmen" werden auf die Sitzung am 01.06.2023 geschoben, wenn sich heute keine Beratungszeit mehr ergibt.

Dem Vorgehen wird zugestimmt.

Punkt 2

Niederschriften

Punkt 2.1

Niederschrift über die 7. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 09.02.2023

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 2.2

Niederschrift über die 11. Sitzung vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.03.2023

Auf Wunsch des **LBR-Pools** soll diese Niederschrift bei der nächsten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte am 01.06.2023 beraten und genehmigt werden, weil sie erst am Morgen zugestellt wurde.

Punkt 3

Gewaltschutz im LVR

Punkt 3.1

Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR“ Vorlage Nr. 15/1044

Die Vorlage wird gemeinsam mit Vorlage Nr. 15/1417 beraten.

Frau **Lubek** führt in die Vorlagen ein und hebt hervor, dass sich der LVR mit seinem Grundsatzpapier gemäß Vorlage Nr. 15/300 zu einer LVR-weiten Beschäftigung mit dem Thema Gewaltschutz verpflichtet habe. Dem LVR sei es ein besonderes Anliegen, dass auch die neue Landesinitiative Gewaltschutz NRW, der sich der LVR angeschlossen habe, nicht allein die Eingliederungshilfe betrachte. Auch in dieser Landesinitiative sei eine

breitere Befassung mit dem universellen Recht auf Gewaltschutz angezeigt.

Sie habe zudem sehr bewusst entschieden, dass für die beiden Gremien der Landesinitiative auf Steuerungs- und auf Arbeitsebene neben dem federführenden LVR-Dezernat Soziales auch (stellvertretend) die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen Führungskräfte benannt haben. Eine Berufung bzw. Konstituierung seitens des Landes stehe noch aus.

Es erfolgt eine intensive Diskussion zum ersten internen Monitoring-Bericht, an der sich der **Ausschussvorsitzende**, die **Beiratsvorsitzende**, Frau **Daun**, Herr **Reuschel-Schwitalla**, Frau **Herlitzius**, Herr **Solf**, Frau **Franke**, Frau **Schubert**, Herr **Lindheimer**, Frau **Servos** und Frau **Middendorf** beteiligen. Das Vorgehen des LVR wird in allen Beiträgen ausdrücklich positiv gewürdigt.

Für die folgende Beratung der Vorlage in den Fachausschüssen werden insbesondere diese Themen und Anregungen benannt, die in der Gliederung der Vorlage wie folgt zusammengefasst werden:

Gewaltschutz in LVR-eigenen Einrichtungen für vulnerable Zielgruppen (vgl. Gliederungsziffer 2 der Vorlage)

- Es wird auf die besondere Bedeutung einer **partizipativen Einbindung der Nutzenden** bei der Erstellung der einrichtungsbezogenen Gewaltschutzkonzepte in LVR-eigenen Einrichtungen hingewiesen. Eine konkrete Frage bezieht sich darauf, ob auch in der LVR-Jugendhilfe Rheinland und in den LVR-Förderschulen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen sei.
- Es wird betont, dass sich die LVR-Einrichtungen für Kinder und Jugendliche bei ihren Gewaltschutzkonzepten auch mit dem Thema **Gewalt unter den Jugendlichen** befassen sollten.
- Auch **digitales Mobbing** solle als Thema in Gewaltschutzkonzepten aufgegriffen werden. Als besonders relevant wird dieses Thema etwa für die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen gesehen.
- Bei den **LVR-Förderschulen** wird ein verzahntes Vorgehen beim Gewaltschutz angeregt, bei dem sowohl das Landespersonal, das Trägerpersonal des LVR sowie externe Dienstleister (z.B. Schulbegleitung und Fahrdienst) gemeinsame bzw. einheitliche Gewaltschutzkonzepte für die Schulen erarbeiten.
- Für den LVR-Klinikverbund wird eine enge Zusammenarbeit mit den **Genesungsbegleitenden** angeregt.
- Es wird darauf hingewiesen, dass in der Erwachsenenpsychiatrie auch eine intensive Befassung mit dem Thema Prävention und Intervention bei **Gewalt unter Patient*innen** stattfinden sollte.
- Die Bedeutung von Daten zur Entwicklung der **Zahl der Zwangsmaßnahmen** in der Psychiatrie und in der Eingliederungshilfe wird hervorgehoben.
- Es werden Möglichkeiten bei dem LVR-Institut für Forschung und Bildung angefragt, **Schulungsangebote auch für Angehörige** psychisch kranker Menschen zu den Themen Konfliktvermeidung und Deeskalation anzubieten.
- Es wird angeregt, auch **ältere Menschen** als vulnerable Gruppe verstärkt in den Blick zu nehmen.

- Es wird kritisch angemerkt, dass das Vorliegen von Gewaltschutzkonzepten allein noch keine Einschätzung dazu erlaube, ob diese Konzepte auch gelebt und in ihrer Wirksamkeit überprüft würden.

LVR-Aktivitäten zur Stärkung des Gewaltschutzes durch externe Leistungserbringer für vulnerable Zielgruppen (vgl. Gliederungsziffer 3 der Vorlage)

- Es wird danach gefragt, welche weiteren Möglichkeiten der LVR sehe, **externe Leistungserbringer** in der Eingliederungshilfe z.B. durch Fortbildungsangebote bei der Erstellung und Umsetzung von einrichtungsbezogenen Gewaltschutzkonzepten zu **unterstützen**.
- Der LVR solle als Träger der Eingliederungshilfe insbesondere auf Defizite im **Gewaltschutz in Werkstätten** reagieren. In diesem Kontext weist der **Ausschussvorsitzende** ergänzend darauf hin, dass die staatliche Aufsicht über den Gewaltschutz in Werkstätten erst kürzlich geschaffen wurde.
- Gewünscht wird darüber hinaus eine Darstellung, wie der LVR als Träger der Eingliederungshilfe mit den örtlichen **WTG-Behörden** beim Gewaltschutz konkret zusammenarbeite.

Weitere LVR-Aktivitäten zur Stärkung des Gewaltschutzes in LVR-Einrichtungen und -Dienststellen (vgl. Gliederungsziffer 4 der Vorlage)

- Es wird angeregt, das Thema Gewaltschutz auch systematisch in der **Ausbildung von Fachkräften** zu verankern (z.B. in den LVR-Pflegeschulen oder im LVR-Berufskolleg).

Übergreifende Themen

- Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass Gewaltschutz primär eine Frage von **Haltung** sei.
- Aus Sicht des **Ausschussvorsitzenden** bringe es nichts, wenn Einrichtungsträger gegenseitig ihre Konzepte abschreiben würden. Wesentlich sei, dass eine aktive Befassung mit dem Thema Gewaltschutz innerhalb der einzelnen Einrichtungen und Dienste stattfinde und die erforderliche Haltung in die Mitarbeiterschaft hineingetragen werde. Voraussetzung dafür sei, die Einrichtungen dazu in die Lage zu versetzen, Gewaltschutzkonzepte auch tatsächlich leben zu können. Der **Fachkräftemangel** stelle hierfür eine erhebliche Herausforderung dar.
- Frau **Lubek** weist darauf hin, dass auch eine mögliche Erweiterung von Aufgaben des LVR im Kontext des Gewaltschutzes (z.B. eine Ausweitung von Fortbildung und Beratung) Ressourcenfragen aufwerfe. Angesichts des Fachkräftemangels sei auch der LVR in Sorge.

Landesebene

- Herr **Lindheimer** bittet Frau **Middendorf** die Frage mit in ihre Gremien auf Landesebene zu nehmen, ob und wann wieder eine Erfassung der Zahl der Zwangsmaßnahmen in Psychiatrien durch das Landeszentrum Gesundheit NRW geplant sei. Frau Middendorf sichert zu, dieses Thema an den Fachbeirat Psychiatrie heranzutragen.
- Frau **Middendorf** berichtet, dass die im reformierten WTG NRW vorgesehene zentrale "Monitoring- und Beschwerdestelle zur Gewaltprävention, Beobachtung und Beratung im Zusammenhang mit der Durchführung von freiheitsentziehenden Unterbringungen und freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen" zukünftig bei ihr

als unabhängiger Stelle angesiedelt werden solle. Man werde zukünftig regelmäßig zur Entwicklung der freiheitsentziehenden Maßnahmen im Kontext der Angebote im Geltungsbereich des WTG NRW an den Landtag berichten.

- Ergänzend weist Frau **Lubek** darauf hin, dass der LVR zur Entwicklung der Zahl der Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken den LVR-Krankenhausausschüssen regelmäßig öffentliche Vorlagen zur Kenntnis bringe.

Frau **Lubek** dankt für die zahlreichen Wortbeiträge und erklärt, dass sie die Dezernatsleitungen gebeten habe, in den folgenden Beratungen der Fachausschüsse jeweils bezogen auf die Zuständigkeiten der Gremien in den Monitoring-Bericht einzuführen.

Die **Beiratsvorsitzende** regt abschließend an, die Vorlage mit Blick auf das angesprochene Thema der digitalen Gewalt auch dem Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität zur Kenntnis zu bringen.

Der erste interne Monitoring-Bericht zu den Grundsätzen des Gewaltschutzes im LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1044 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2

Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW Vorlage Nr. 15/1417

Die Vorlage wird gemeinsam mit Vorlage Nr. 15/1044 beraten.

Die Vorlage Nr. 15/1417 zum Thema "Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)

Punkt 4 wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 4.1

Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR Vorlage Nr. 15/1489

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 4.2

Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege Vorlage Nr. 15/1416

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 5 **Weitere Kenntnisnahmen**

Punkt 5 wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 5.1 **Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen** **Vorlage Nr. 15/1558**

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 6 **Anfragen und Anträge**

Punkt 6.1 **Anfrage zu Qualifikation auf dem ersten Arbeitsmarkt und in Inklusionsbetrieben** **Anfrage Nr. 15/58 Die Linke.**

Keine Wortmeldung zur Anfrage selbst.

Punkt 6.2 **Beantwortung der Anfrage Nr. 15/58**

Herr **Reuschel-Schwitalla** bedankt sich für die ausführliche Beantwortung, merkt aber an, dass ihm die Betrachtung des ersten Arbeitsmarktes zu kurz gekommen sei. Die Zeiten seien aktuell so günstig wie nie, Menschen mit Behinderungen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Punkt 7 **Bericht aus der Verwaltung**

Herr **Woltmann** berichtet über den aktuellen Stand der Planungen für die Berlin-Reise des Ausschusses mit dem Beirat im September. Mittlerweile zeichne sich das Programm konkreter ab. Es soll in der nächsten gemeinsamen Sitzung ausführlich vorgestellt werden.

Punkt 8 **Verschiedenes**

Frau **Middendorf** berichtet über aktuelle Aktivitäten.

Sie berichtet über den Empfang der Beauftragten im März 2023 sowie über die erste Sitzung des Landesbehindertenbeirates. Als thematische Schwerpunkte haben man sich hier die folgenden drei Themen gesetzt: Wohnraumförderung, inklusiver Arbeitsmarkt sowie die Große Lösung im SGB VIII.

Frau **Middendorf** berichtet überdies von der ersten Sitzung des Fachbeirates

Partizipation NRW. Sie hoffe, dass jetzt nach der Gesetzesänderung eine neue zu beschließende Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates der Landesregierung auch die Beschlüsse des Fachbeirates Partizipation aus der vergangenen Legislaturperiode weiter bewegt werden könnten.

Frau **Middendorf** bietet an, die von ihr beauftragte Studie zur "Sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Pandemie" im Beirat für Inklusion und Menschenrechte vorzustellen.

Die **Beiratsvorsitzende** merkt zu dem Bericht von Frau Middendorf an, dass bei der Debatte um die Größe Lösung auch der Schulbereich mitberücksichtigt werden sollte.

Der **Ausschussvorsitzende** weist auf die weiter bestehende landesseitige Benachteiligung von Kindern an KME-Förderschulen hin, da diesen in den Ferien kein Freizeitprogramm zur Verfügung stehe.

Herr **Bausch** bittet darum, bei der geplanten neuen Fachkräfteinitiative des Landes auch die Landschaftsverbände und ihre Expertise im Kontext eines inklusiven Arbeitsmarktes eng einzubinden.

Ergänzend weist Frau **Thoms** darauf hin, dass in der aktuellen Diskussion oft vergessen werde, dass es neben Fachkräften auch vielerorts an "Machkräften" fehle. Gerade hiermit seien aber viele Chancen für Menschen mit Behinderungen verbunden.

Frau **Herlitzius** berichtet über Ängste und Verunsicherung bei WfbM-Beschäftigten vor einer möglichen Auflösung der WfbM. Im internationalen Vergleich seien WfbM sehr unterschiedlich hinsichtlich der von ihnen betreuten Menschen. Das müsse in der Diskussion Berücksichtigung finden. Frau **Middendorf** versichert, dass eine Auflösung der WfbM in NRW nicht geplant sei und der spezielle NRW-Weg auch weiterhin gelte.

Duisburg, den 18.05.2023

Aachen, den 23.05.2023

Köln, den 18.04.2023

Der Ausschussvorsitzende

Die Beiratsvorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland

W ö r m a n n

S c h m i t t - P r o m n y

L u b e k